

## RUMÄNIEN: EIN JAHR NACH DEM BEITRITT ZU DER E.U.

Conf. dr. MONICA VLAD  
Universitatea Româno-Germană Sibiu

Unsere Untersuchung beginnt mit der Bemerkung Plesus<sup>1</sup> vom 30. Januar 2008: „Ideologisch sind wir integrierter als die Länder, die uns integrieren“.<sup>2</sup>

Diese Bemerkung ist eine realistische Synthese zum aktuellen Stand der Dinge. Dadurch wird der Unterschied zwischen den Erwartungen Rumäniens und seiner aktuellen sozial-politischen Situation auf realistische Weise geschildert. Während den Verhandlungsjahren des Beitritts zur Europäischen Union (2000-2007) war die Idee der Zugehörigkeit zu der E.U. ein „Traum“, eine „kolossale Herausforderung“, aber auch die einzige Variante, die eine *würdige Zukunft* versprach.

„Würde“ hatte in diesem Kontext sowohl eine individuelle, als auch eine wichtige soziale Dimension. Aber „Integration“ hat eine tiefere Bedeutung als „Beitritt“. In Rumänien sprach man nicht von einer „Anpassung“ an die „europäischen Ansprüche und Werte“, sondern von der *wohlverdienten* „Rückkehr zu Europa“. Solche Aussagen enthielten eine realistische Erwartung, aber auch ein wesentliches Potential an Illusion. Erst nach dem Beitritt wurde die Tiefe der Kluft sichtbar, welche die post-kommunistischen Länder von den westeuropäischen Demokratien trennt.

Mit anderen Worten: heute, am Ende seines ersten Jahres der E.U.-Mitgliedschaft, fügt sich Rumänien in ein Bild der Regression. Um diesen Schritt zurück zu relativieren, muss die rumänische Gesellschaft wahrnehmen, dass die politische Lösung –Wahlen, die demokratische Eliten an die Führung des Landes bringen sollen – die einzige Alternative für die Annäherung zwischen den Politikern und den Bürgern darstellt. Rumänien hat sich von seiner kommunistischen Vergangenheit nicht lösen können: eine Katastrophe, die nationale und internationale Dimensionen hat.

Zur internationalen Dimension der Auseinandersetzung mit dem Gedächtnis des Kommunismus soll zumindest folgendes betrachtet werden:

Der Anspruch auf Zugehörigkeit zu den „zivilisierten Völkern“ Europas, zu den westlichen Demokratien, ist gescheitert an der Unfähigkeit der politischen Klasse, das Land zu reformieren. Dabei ist es erst drei Jahre her, dass die Ablösung der postkommunistischen PSD-Regierung durch eine konservativ-liberale Koalition das Vertrauen der Bevölkerung in die Reformierbarkeit der Justiz gestärkt hatte. Die einzige Justizministerin, die eine tiefgreifende Reform begonnen hatte, wurde April 2007 *wörtlich* von der Regierung gejagt. Diese Tatsache zeigt ganz klar, dass Macht in Rumänien vor allem eine Quelle des Einkommens ist. Persönliche Interesse werden gepflegt, während die kollektiven, sogar die nationalen Prioritäten konstant vernachlässigt sind.

In Rumänien gibt es zwei Ebenen der menschlichen Existenz: eine oberflächliche, d.h. die Ebene der Absichten und der Deklarationen, und eine tiefere, diejenige der Lüge, des doppelten Lebens, die Ebene, auf welcher eine totale „Lähmung der Reflexe der Normalität“<sup>3</sup> festgestellt werden kann.

Woher stammt diese Realität? Lüge hatte während des Kommunismus „eine autoritäre Präsenz: das wirkt wie eine Vergiftung. Man hat gelernt, zu lügen und zu heucheln. Das ist „nicht

---

<sup>1</sup> Andrei Pleșu ist Philosoph, Religionswissenschaftler und Kunstj'istoriker. Als bedeutender Kritiker der aktuellen Lage der rumänischen Gesellschaft symbolisiert Pleșu das Bewusstsein der Reform.

<sup>2</sup> Andrei PLEȘU, *Adevărul literar și artistic*, 30. Januar 2008, S. 14.

<sup>3</sup> Karl-Peter SCHWARZ, *Die Rückkehr der Strassenhunde*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2007, S. 12.

Metaphorik, das sind substantielle Probleme“.<sup>4</sup> Solange der Kommunismus nicht genauso eindeutig verurteilt sein wird wie der Nationalsozialismus, können die alten Machtstrukturen ruhig weiter politischen Einfluss und finanzielle Kraft konzentrieren. Der Terror des Kommunismus wurde (und wird!) in Westeuropa leider immer wieder verneint und verkleinert. Vergeblich haben mutige Autoren versucht, der westlichen Öffentlichkeit über die grausame Realität des Kommunismus die Augen zu öffnen:

„Der Gulag existiert in den Werken von Marx“, warnte Andre Glucksman frühzeitig.<sup>5</sup> Die mörderische Utopie des Kommunismus wurde von Jean Cau, der Sekretär Sartres, in „Lettres ouvertes aux tetes de chiens occidentaux“ beschrieben.<sup>6</sup> Trotzdem hat die kommunistische Utopie im Westen Europas überlebt. Als Beispiel sollen hier nur kurze Zitate erwähnt werden: Dass in der Sowjetunion Arbeitslager existiert haben – eine Übertreibung! Dass es Millionen Opfer gab – eine Lüge! Solche Positionen haben die Reaktion des Westens, als es um die internationale Verurteilung des Kommunismus ging, wesentlich gelähmt. Die Konsequenzen sind auch heute in der Situation der postkommunistischen Ländern sichtbar.

In Abwesenheit eines Nürnberg Prozesses für die Verbrecher des Kommunismus, sind heute in den postkommunistischen Ländern sogar die Kriterien verschwunden, welche die Opfer von den Henkern unterscheiden. Wir dürften zurecht behaupten, dass diejenige, die so viele Jahre gebraucht haben, um an den Gulag zu glauben, nicht in der Lage sind, uns heute Lektionen auszuteilen.<sup>7</sup> Diese internationale Lage und die Koalition der in verschiedenen Parteien strategisch zerstreuten kommunistischen Nomenklatura haben die Reform in Rumänien kompromittiert.

Die kommunistischen Verhältnisse haben sich systematisch fortgepflanzt:

Es herrscht ein falsches Verhältnis zur Gesetzlichkeit, weil die einzige Art, im Kommunismus zu überleben, darin bestand, Gesetze zu umgehen. Daher die zynische Bemerkung der Rumänen, Gesetze würden existieren, um gebrochen zu werden. Der Staat war und ist ein Feind geblieben: da gab und gibt es keine Schuldgefühle. Auf öffentlicher Ebene wird diese „raffinierte Kapazität der Demobilisierung“<sup>8</sup> von einer zynischen Übernahme von europäischen Prinzipien und Institutionen in der Gesetzgebung verdoppelt. Letztere sind also oberflächliche Phänomene, weil sie nicht verstanden und nicht ernst genommen werden, demzufolge auch nicht angewendet werden können. Solche Tatsachen konsolidieren das doppelte Leben in der rumänischen Gesellschaft.

Die konkreten Ursachen der aktuellen Krise sind in der Politik zu suchen. Der Aufbau einer demokratischen Bürgerschaft ist ohne in Frage Stellung des totalitären Gedächtnisses nicht möglich. Aber in Rumänien wurde das schuldige Schweigen und das Vergessen staatlich etabliert. Um dieses tiefgreifende Problem der politischen Legitimität zu verstehen, muss man *nur* die Kontinuität des rumänischen Staates mit der kommunistischen Tyrannei wahrnehmen.

Die Regression ist auch im Verhalten der Politiker sichtbar: es gibt sehr wenige Politiker mit Überzeugungen: „Alle kämpfen mit allen, und sie wissen nicht, wofür. Es geht nicht um Orientierung, es geht nicht um Ideologie, sondern nur um individuelle Abneigungen und Empfindlichkeiten“.<sup>9</sup> Nach Absetzung von Frau Justizministerin Macovei hat die Regierung unglaubliche Kompromisse mit der postkommunistischen PSD-Partei eingegangen. Obwohl der Staatspräsident die strafrechtliche Verfolgung von acht korrupten Ministern wiederholt verlangt hat, wurde nichts unternommen. Das Verfahren gegen diese Minister wurde sogar blockiert.

---

<sup>4</sup> Idem.

<sup>5</sup> Andre GLUCKSMAN, *La Cuisiniere et le Mangeur d'hommes*, Seuil, 1975.

<sup>6</sup> Jean SEVILLIA, *Terorismul intelectual din 1945 până în prezent*, Humanitas, 2007, S. 112.

<sup>7</sup> Jen SEVILLIA, zitiertes Werk, S. 115.

<sup>8</sup> So Andrei Pleșu, in seinem zitierten Interview.

<sup>9</sup> Ibidem.

Auf die Frage „Wo kann man sich vor der Justiz verstecken?“ lautet die Antwort einfach: „In der Politik“. Die Justiz funktioniert noch immer nach den Regeln des politischen Befehls, d.h. nach stalinistischen Methoden. Es gibt und es kann in Rumänien einfach keine unabhängige Justiz geben, weil die Richter und Staatsanwälte Angst haben, dass diejenigen Figuren, die heute strafrechtlich verfolgt werden, vielleicht morgen wieder in Machtpositionen stehen werden und ihnen die Karriere zerstören könnten. Das ist die Logik des rumänischen Machtsystems, nach einem ganzen Jahr in der E.U...

Unsere Beobachtung geht weiter mit dem „Kampf gegen die Korruption“, eine wichtige Priorität, die viel zu sehr in den Medien vorgestellt, aber viel zu wenig ernst genommen wird.

In einem Land wie Rumänien, welches über enormes Potential verfügt, ist die Korruption Hauptursache der Unterentwicklung. Zu den Wurzeln dieses riesigen Problems gehören folgende Tatsachen:

Der Kommunismus hat die Korruption enorm stimuliert und bereichert. Als System, welches aus allen Individuen das Schlechteste herausholt, hat der Kommunismus die wertvollen Leute vernichtet, ins Gefängnis gebracht, wenn nicht getötet. Es ist natürlich nicht ausreichend, den Kommunismus wegen der aktuellen Situation zu blamieren, aber man soll dessen dämonische Rolle auch nicht unterschätzen. Das Wesentliche für die aktuelle Situation ist eben, dass eine besonders anpassungsfähige Kategorie der Bevölkerung geblieben ist, die gelernt hat, die negativen Traditionen zu konsolidieren und zu bereichern. *Diese* Kategorie ist heute die „Elite“ des Landes. Man sollte im Westen „endlich verstehen“, so Andrei Plesu, dass 50 Jahre Kommunismus ein Land in einem solchen Zustand hinterlassen, dass es nicht reformierbar ist.

Um diese „pessimistische“ Perspektive zu akzeptieren, muss man eine tiefe Analyse unternehmen. Plesu und die mutigen Intellektuellen Rumäniens meinen zurecht, dass eine Internationalisierung der Verurteilung des Kommunismus dringend nötig ist. Solange Naziverbrecher noch immer in den Dschungeln Südamerikas gesucht werden, „ist es nicht akzeptabel, dass wir z. B. den Folterer Dumitrescu beobachten müssen, während er mit seinem Pudel im Balkon spielt“.<sup>10</sup>

In dieser Richtung wurden einige Fortschritte registriert. Der Politikwissenschaftler Vladimir Tismaneanu hat eine staatliche „Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus“ geleitet, deren letzter Bericht Ende 2007 in Rumänien veröffentlicht wurde. Der Ton und die Schlussfolgerungen des Berichts beweisen eine neutrale Analyse dieser Verbrechen: er enthält Dokumente, Zitate, objektive Daten und Urteile. Veranlassung zur Gründung dieser Kommission war die Bemerkung des Staatspräsidenten, sie sei „symmetrisch zu der Wiesel Kommission zum Studium des Holocausts in Rumänien“.<sup>11</sup>

In diesem Kontext ist es wichtig, folgende Ideen zu unterstreichen: Die Kritik einer Art von Totalitarismus aus der Perspektive einer anderen Art von Totalitarismus erweist sich als sinnlos. Wie Adam Michnik schon 1990 meinte, gibt es auch eine „kommunistische Art, Antikommunist zu sein“.<sup>12</sup> Diese Kommission nimmt sich aber vor, von der Verurteilung des Kommunismus durch ein Akt des rumänischen Parlaments (Dezember 2006) zu periodischen internationalen Konferenzen, zur Gründung von Museen zum Gedenken der Opfer und zu neuen Schulbüchern fortzuschreiten. Der Bericht ist ein offenes Werk der Forscher, zugleich aber auch eine Initiative, die neue Nuancen in das Urteil über diese Zeit in der Neugeschichte Rumäniens mitbringt.

Es erweist sich positiv, dass Rumänien das einzige postkommunistische Land ist, wo eine derartige Initiative durchgezogen wurde. Die Zeit ist endlich reif für diese mutige Untersuchung: in den `90 Jahren wollte sich niemand mit der Geschichte der Neuzeit beschäftigen. In der

---

<sup>10</sup> Condamnarea comunismului. Pasii urmasori, in: Revista 22, Nr. 5 (934), 29. Januar – 4. Februar, S. 7.

<sup>11</sup> Condamnarea comunismului. Pasii urmasori, in: Revista 22, Nr. 5 (934), 29. Januar – 4. Februar, 2008, S. 7.

<sup>12</sup> Zitiertes Werk, S.7.

Forschung gab es kein Interesse für die katastrophalen Folgen des Kommunismus. Inzwischen ist aber eine Generation von aussergewöhnlich begabten Historikern erschienen, der Rumänien diesen Bericht eigentlich verdankt. Die symbolische Verurteilung des Kommunismus reicht aber nicht aus: sie muss von einer realen, juristischen Verurteilung der Mörder und der Schuldigen gefolgt werden. Die Verbrechen des Kommunismus müssen zu Verbrechen gegen die Menschheit erklärt werden, damit gegen die Verfolgung und gegen die strafrechtliche Verantwortung der Täter keine Verjährung mehr eintreten kann.<sup>13</sup>

Trotz dem geschilderten, entmutigenden Bild, gibt es auch andere positive Signale in Rumänien. Dank einer Gruppe von mutigen Intellektuellen<sup>14</sup> wurde der „Nationalrat zur Untersuchung der Archive der ehemaligen politischen Polizei“ ( die *Securitate*) gegründet. Ziel des Nationalrates ist es, jedem rumänischen Bürger uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten der ehemaligen Securitate zu garantieren. Eine solche Transparenz ist für die aktuelle politische Klasse, die sich entweder reformieren *kann*, noch reformieren *will*, eine gefährliche Initiative. Denn durch die Aktivitäten dieses Gremiums (rumänisch CNSAS) wird die moralische Genesung der politischen Klasse beabsichtigt. Diejenigen Politiker, deren Mitarbeit mit der *Securitate* mit Dokumenten bewiesen wurde, müssen ihre einflussreichen Positionen aufgeben und werden entlassen.

Solche Massnahmen sind leider der einzige Weg zu einer demokratischen Gesellschaft: „Politik treiben“ in Rumänien heisst auch, mit wirtschaftlichen Netzwerken verbunden zu sein, die denselben korrupten Figuren einen unglaublich hohen Wohlstand garantiert haben.

Insofern hatte die CNSAS einen relativen Erfolg, bis das Verfassungsgericht in einer Entscheidung vom 7 Februar 2008 die Tätigkeit des CNSAS verfassungswidrig erklärte. Das Verfassungsgericht erklärte die Bestimmungen des Gesetzes 187/1999 betreffend den Zugang zu der eigenen Akte und die Entlarvung der kommunistischen politischen Polizei sowie diejenige der Artikel I und V des Regierungserlasses Nr. 16/2002 als verfassungswidrig. Dadurch wurde der Boykott der aktuellen Regierung gegen die Prinzipien des Rechtsstaates eindeutig. Aufgrund dieses Bescheids sei der CNSAS nicht befugt, Urteile auszusprechen. De facto löst dieser Bescheid die Einrichtung auf.

Der Zynismus dieser Entscheidung hat die Richter des Verfassungsgerichtshofs entgültig kompromittiert. Er beweist deren eindeutige Verwicklung in die alten Machtstrukturen. Besonders die Unfähigkeit dieser Richter, von der Politik unabhängig zu sein hat eine Welle Proteste der Bürger und der Presse veranlasst. Die Regierung hat gleich danach die beanstandeten Gesetze und Artikel im Eilverfahren geändert, damit der CNSAS nicht aufgelöst wird! Ein Erlass der Regierung besagt, dass der CNSAS lediglich die Securitate –Akten archivieren und prüfen, aber keinen Bescheid, sondern eine „Feststellung“ zur Tätigkeit einer Person in der politischen Polizei ausfolgen. Ein Bescheid könne nur von einem Gericht erteilt werden.

Die Interessen, die in dieser Konfrontation sichtbar wurden, sind sehr deutlich geworden, aber ebenso prompt war die Reaktion der Zivilgesellschaft, die sich die Situation nicht mehr gefallen lassen will. In den letzten Tagen haben die Proteste zahlreicher unabhängigen Organisationen das ganze Land mobilisiert. Man spricht von der „Diktatur der Richter“ und verlangt deren Entlassung. Es handelt sich hier um 37 ONG-s, die sich in Rumänien auf Entwicklung konzentriert haben und deren Strukturen sich in den letzten Jahren zunehmend konsolidiert haben. Ihre Aufgabe ist, Menschenrechte zu unterrichten, sie überall im Lande bekanntzumachen und die Denkweise unter dem Einfluss der Kultur zu ändern. Die Projekte dieser ONG-s bringen das Land seiner europäischen Zukunft näher und bilden das kollektive antikommunistische Gewissen der jungen Generation. Die wichtigsten Prioritäten Rumäniens

---

<sup>13</sup> Deklaration von Marius Oprea, *Condamnarea comunismului. Pașii următori*, in: Revista 22, Nr. 5 (934), 29. Januar –4. Februar, 2008, S. 7.

<sup>14</sup> Das radikale Einsetzen der Intellektuellen in die Politik war Resultat einer heftigen Polemik über deren Rolle in der Gesellschaft.

konzentrieren sich auf die Aufbaufähigkeit der demokratischen Institutionen und auf eine dringende Verfassungsreform.

Die letzten politischen Krisen haben bewiesen, dass die aktuelle Verfassung überholt ist. Die Verfassungsreform kann nur durch eine stabile Unterstützung der demokratischen Parteien durchgesetzt werden. Die progressive Elite muss sich zu diesem Zweck stark solidarisieren, denn die politischen Ursachen der Krise verbinden sich eng mit den juristischen. Die Konfusion in der Regierung, die Politisierung der Verwaltung oder die politische Verdrossenheit der Bevölkerung haben nicht nur politische Ursachen. Das zeigte schon die Verfassungsreform von 2003, dass die politischen Krisen dadurch nicht geringer geworden sind. Es geht um die Tatsache, dass in Rumänien eine grundsätzliche Schwäche der demokratischen Institutionen herrscht: deren Unfähigkeit, sich mit den Problemen der Bürger kompetent zu beschäftigen. Wenn die Reform in der Politik beginnen würde, dann wäre auch die Mühe der „Think Tanks“, eine neue Verfassung durchzudenken, nicht sinnlos. In Bukarest arbeitet das Zentrum für Analyse und Entwicklung, zusammen mit dem Institute for Economic Studies, dem Hayek Institut, der Atlas Foundation und dem Cato Institute an einem neuen Verfassungsentwurf.

Angesprochene Themen der Reform des Grundgesetzes sind, z. B., Vorschlag zur Errichtung einer neuen Struktur der Regierung, die Änderung des Status des Eigentumsrechts, Anwendung authentischer Subsidiarität in der Verwaltung.

Die Regierung ist neulich von politischen Konflikten gelähmt. Das ist Effekt der Verfassungsregel, die zwei Entscheidungspositionen an der Spitze der Exekutive vorsieht: der Präsident der Republik und der Ministerpräsident. Statt die Demokratisierung der politischen Entscheidungen zu beschleunigen, beeinflusst die aktuelle Machtformel endlose Debatten zur Ernennung der Ministern, besonders wenn sich die beiden Organe der Exekutive nicht einig sind, welche Personen diesen Ämtern entsprechen.

Obwohl die Verfassung den Schutz des privaten Eigentums garantiert, bestimmt dieselbe, dass das Erdgeschoss dieses Eigentums zugunsten von „allgemeinen Interessen“ verwendet werden kann. Die praktische Frage bleibt, was bedeutet „allgemein“, und welches ist die Anzahl der Bürger, die ein „allgemeines Interesse“ reklamieren? Wieder einmal ist es der Staat, der diese Kriterien bestimmt.

Auf lokaler Ebene ist die Autonomie der Verwaltung nicht verwirklicht. Die lokalen Verwaltungsorgane sind zwar nicht mehr so zentralisiert wie in Zeiten des Kommunismus, verfügen aber kaum über eigene finanziellen Mittel und sind in wichtigen Entscheidungen noch immer von den entsprechenden Ministerien abhängig.

Die Verfassung selbst ermöglicht dem Staat eine massive Intervention in das private Leben der Bürger und der lokalen Gemeinschaften. Sie ist kein Instrument der individuellen Freiheit, sondern ein Mittel zu deren Begrenzung.

Damit muss die authentische Reform der Gesetzgebung beginnen: mit dem Rechtsgeist der Regeln, und nicht mit der unkritischen Abstimmung von zahlreichen europäischen Gesetzen.

Die Bürger haben 2006 den Druck 7.552 neuer Gesetze zu ertragen, und 2007 waren es 4.816. Im Moment hat Rumänien 70.361 Gesetze, deren gleiche und korrekte Anwendung unmöglich geworden ist. Hingegen führt diese Situation zu einer allgemeine Konfusion, sogar zu antisozialer Haltung und Respektlosigkeit für das Gesetz. Zuerst müsste geklärt werden, dass das Grundgesetz dem neuen europäischen Geist entsprechen sollte, mit seinen neuen Prinzipien. Die tiefste Transformation des Landes kommt nach dem Beitritt, aber nicht als interne Überwindung der alten Reflexe, sondern –noch einmal! – von europäischer Ebene.

Europa soll man nicht unterschätzen: „Es sind Träume wahr geworden, welche die Menschen immer geträumt haben, deren Erfüllung sich aber früher einmal bestenfalls vom jenseitigen Leben erwartet haben: Träume von einem ungeahnten Wohlstand, von freien und demokratischen Ländern, von Sicherheit und von der Einigung zerstrittener europäischer

Staaten.“<sup>15</sup> Träume sind nicht nur obskure Verzerrungen von Erlebnissen, wenn „die Seele Europas“ zu einer Errungenschaft werden. Das Ziel der Europäischen Union ist weiterhin der Frieden. Es soll auch so bleiben, aber dafür müssen auch die Entscheidungsfaktoren der europäischen Gremien lernen, europäisch zu denken. Das ist noch nicht der Fall, wenn man z. B. den Begriff „Harmonisierung der Gesetzgebung“ analysiert. Die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Rechtsordnung, worin die nationalen Rechtsprinzipien zu einem supranationalen Rechtssystem verschmelzen bleibt ein komplizierter Anspruch, solange die Vielfalt der neuen Mitgliedstaaten nicht wahrgenommen wird. Sich verstehen, und dadurch andere verstehen ist die neueste Herausforderung der europäischen Integration. Da ist auch die Frage der Nachbarschaft sehr relevant. Europa ist auf der Suche nach einer erneuten gemeinsamen Grundlage, wie es im Text der Berliner Erklärung vom März 2007 heisst. Aus dieser gemeinsamen Grundlage sollen reformierte ökonomische, soziale und ökologische Säulen errichtet werden. Da ist die Frage der Nachbarschaft sehr relevant, und die Suche nach neuen Definitionen. Südosteuropa ist zweifellos Europa: da gibt es die einmalige Chance, diese Region zu stabilisieren und das Schwarze Meer für die europäische Sicherheit zu gewinnen.

Die Rolle Rumäniens als Stabilitätsfaktor in Südosteuropa erscheint prägnant in dem neuesten Kontext der Unabhängigkeit der Provinz Kosovo. Kann man annehmen, dass die ethnischen Konflikte, die mehrere Kriege verursacht haben, nachhaltig entschärft werden? Die Antwort heisst wieder *Nachbarschaft* und *Integration*. Man hat sich aber zu sehr daran gewöhnt, von Forderungen zu reden, und weniger von Erfüllungen. Die wichtigste Frage ist, ob die europäische Gemeinschaft fähig ist, die Verantwortung als Konfliktmanager zu übernehmen. Primäre Probleme sind geeignete Antworten auf die Frage, wie ethnos mit demos vereinbart werden kann, in dem neuen Staat Kosovo, der sich die Ethnizität zum Legitimitätskriterium der eigenen Staatlichkeit deklariert hat ?

Mit dieser Frage muss sich unsere Studie ausführlich beschäftigen, weil der Kosovo Fall schon als Präzedenzfall für andere „unerledigte ethnische Konflikte“ beschrieben wird. Eine Lösung zu finden ist Integrationsaufgabe Rumäniens:

Auf der politischen Karte der Welt ist offensichtlich, wieso nur bestimmte Minderheiten das Recht auf Selbstbestimmung behaupten und verwirklichen können. Es gibt ein unabhängiges Kosovo, aber es wird kein unabhängiges Kurdistan oder Tibet geben.

Das Völkerrecht wird von den Grossmächten nicht mehr erkannt: eine Situation, wo alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft verlieren werden. Es handelt sich nicht um die Beachtung der Sonderrechte einer Minderheit, sondern um Lösungen, die mit der Realpolitik auf internationaler Ebene vereinbar sind. Dass die Albaner der Provinz Kosovo konstant gedemütigt wurden durch das Milosevic Regime, dass ihnen die Autonomie und die Rechte nicht erkannt wurden oder dass ethnische Säuberung gegen sie unternommen wurde ist offensichtlich. Keiner sollte diese grausamen Tatsachen verneinen. Aber eine Argumentation, die annimmt, dass die Serben der „nackte Teufel“ und die Albaner das „Schneewitchen“ des Kosovo waren<sup>16</sup> kann nicht behauptet werden.

Wir befinden uns lange nicht mehr in dem Zeitalter der Bildung von Nationalstaaten. Die Neuverhandlung der Souveränität, der Föderalismus der neuen Regionen Europas oder die grenzüberschreitende Verwaltung und der geo-politische Raum der zukünftigen europäischen Gemeinschaft sind die Herausforderungen des Tages. Die offene Frage bleibt, inwiefern die Europäische Union seine Nachbarn kennt und deren Probleme wissenschaftlich und nüchtern angehen kann.

---

<sup>15</sup> Manfred PRISCHING, *Die helle und die dunkle Seite Europas*, in: Norbert Schreiber, Lojze Wieser, *Europa was nun? Träume und Traumata*, S. 55.

<sup>16</sup> Andrei PLEȘU, *Cum poate proiectul european să absoarbă toate energiile centrifuge?*, in „Revista 22“, Nr. 9 (938), 26. Februar –3. März 2008, S. 7.

Andererseits hat Rumänien keine internationale politische Verantwortung: übernommen: Mitgliedschaft in der EU und in dem NATO – Bündnis wurde erwünscht, aber es sollen keine rumänischen Soldaten in den Irak schicken; Zugehörigkeit zu den Demokratien Europas ist so gut wie selbstverständlich, aber ohne hingegen die gemeinsame Politik der Verbündeten zu beachten.

Mehr Flexibilität kommt nur durch Distanzierung von den nationalistischen Rhetorik des 19. Jahrhunderts. Die Anwendung der Wilson-Prinzipien als Doktrin auf dem Balkan führt zu einer Explosion von kategorischen Konflikten, denn die ethnische Selbstbestimmung als politisches Kriterium löst eine endlose Reihe von Ansprüchen auf eigene Staatlichkeit aus. Das unabhängige Kosovo wird vielen Volksgruppen Ambitionen zur Selbstbestimmung wecken, gleich, ob sie utopisch oder legitim sind. Die Experten reflektieren nicht genug darüber, weil sie zu viele etablierte Lösungen in ihren Mappen mitbringen.<sup>17</sup>

Mit Reformen in verschiedenen Feldern, aber ganz besonders durch die Änderung der überholten Denkweisen wird die Annäherung Rumäniens an die Europäische Union als Wertegemeinschaft zu einer konkreten Realität. Die Harmonisierung als Bedingung der Integration erweist sich aber als langfristiger Prozess.

---

<sup>17</sup> Ebenda, S. 7.